

Gemeinderat - öffentlich - vom 06.11.2018
1) TOP Bürger fragen

Herr Karl Happle: Er habe eine Frage zu TOP 6 (Bebauungsplan „Photovoltaikanlage B 27“ – Satzungsbeschluss): Er frage, warum in der Sitzungsvorlage dargestellt sei, dass der Stromertrag leicht höher als bei einer konventionellen Anlage sei. Das stimme nicht. Die Anlage bringe nur 1/3 Leistung gegenüber einer konventionellen Anlage. Außerdem erkundige er sich hinsichtlich der ökologischen Vorteile. Er frage sich, wie attraktiv das Mähen sei. Wenn kein Landwirt gefunden werden würde, der mähe, sei der ökologische Effekt verpufft. Er frage, ob es Maßnahmen geben, dies zu verhindern.

Oberbürgermeister Pauly: Konkret gehe es heute nur um das Verfahren im bauplanungsrechtlichen Sinne. Das Baugesetzbuch gebe Verfahrensschritte vor.

Frau Schneider: Sanktionen bei Nichtbeachtung des Mähgebotes seien vorgesehen. Außerdem werde es ein Monitoring geben. Vorliegend handle es sich um eine Versuchsfläche. Die Landwirtschaft im vertikalen Photovoltaiksystem sei noch nicht erprobt.

2) TOP 1-102/18 Eigenbetrieb Wasserwerk - Wirtschaftsplan-Entwurf 2019

Oberbürgermeister Pauly führt in die Vorlage ein. Ein Besprechungstermin zum Inhalt der Sitzungsvorlage sei unter Teilnahme von Herrn Stadtkämmerer Zoller vorgesehen.

Beschluss: Der Wirtschaftsplanentwurf 2019 des Eigenbetriebs Wasserwerk wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

**3) TOP 1-103/18 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Wirtschaftsplan-Entwurf
2019**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplanentwurf 2019 des Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

4) TOP 1-104/18 Eigenbetrieb Breitbandversorgung - Wirtschaftsplan-Entwurf 2019

Beschluss:

Der Wirtschaftsplanentwurf 2019 des Eigenbetriebs Breitbandversorgung wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

5) TOP 3-006/18 Vergabe Feuerwehrfahrzeug: Drehleiter DLA(K) 23-12 - Abteilung Stadt

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage ein.

Stadträtin Riedmaier: Sie wünsche, dass Mitte des Jahres 2019 ein Runder Tisch bestehend aus Gemeinderäten der Städte Donaueschingen, Hüfingen, Bräunlingen und der Freiwilligen Feuerwehren gebildet werden würde, um die offenen Bedarfe zu ermitteln.

Stadtrat Kaiser: Er habe eine Frage zum Vergabeverfahren. Ihn interessiere, ob von mehreren Interessenten das Leistungsverzeichnis angefragt worden sei.

Herr Dereck: Die Feuerwehr Donaueschingen sei im stetigen Austausch mit den Feuerwehren Hüfingen und Bräunlingen. Bei diesem Austausch gehe es nicht nur um Fahrzeuge, sondern auch um deren Ausrüstung und das Betriebspersonal.

Stadträtin Riedmaier: Mehr interkommunale Tätigkeiten seien ihr wichtig.

Bürgermeister Kaiser: Es bestehe schon eine gemeinsame Führungsgruppe im Städtedreieck. Synergieeffekte würden schon genutzt werden.

Stadträtin Riedmaier: Sie wünsche einen künftigen Austausch mit den Gemeinderäten.

Herr Dereck: Die Ausschreibung sei öffentlich erfolgt. Wie viele Leistungsverzeichnisse angefragt worden seien, entziehe sich seiner Kenntnis.

Stadtrat Hall: Hinsichtlich eines Runden Tisches sollte der Verwaltungsaufwand der Stadtverwaltung auf ein Minimum festgelegt sein.

Beschluss:

1. Die Vergabe von Los 1 erfolgt an die Firma Daimler, Berlin zum Preis von 101.124,15 Euro.
2. Die Vergabe von Los 2 erfolgt an die Firma Rosenbauer, Karlsruhe zum Preis von 536.549,58 Euro.
3. Die Vergabe von Los 3 erfolgt an die Firma Thomas Kümle, Dietingen zum Preis von 48.386,83 Euro.

(einstimmig)

6) TOP 4-145/18 Bebauungsplan "Photovoltaikanlage B 27" - Satzungsbeschluss

Frau Schneider führt anhand einer Power-Point-Präsentation in den Tagesordnungspunkt ein. Die Präsentation ist Anlage zu diesem Protokoll.

Stadtrat Roland Erndle: Zu Beginn des Verfahrens sei dem Gemeinderat eine visuelle Darstellung versprochen worden. Er sei enttäuscht, dass die Firma ihr Versprechen nicht gehalten habe. Die Natur verliere durch die Anlage.

Frau Schneider: Ein Abwägungsprozess, vor allem auch im Hinblick auf die kleinsten Lebewesen, sei durchgeführt worden.

Ortsvorsteher Hall: Er sehe ein Problem in der Beendigung des Photovoltaik-Projektes. Er frage sich, wie der Rückbau laufe. Zudem wolle er wissen, wie aus der Fläche wieder landwirtschaftliche Flächen werden würde.

Stadtrat Dr. Kaminski: Eine Mähwiese bleibe eine Mähwiese. Er sehe vorliegend keinen ökologischen Nachteil.

Frau Schneider: Im Textteil des Bebauungsplans sei eine Rückbauverpflichtung verankert.

Stadtrat Dr. Wagner: Er erkundige sich, ob es Möglichkeiten gäbe, für die Rückbaupflicht Sicherheitsleistung festzusetzen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erhält Herr Wolfgang Karrer, Verfasser des Bebauungsplans ohne Widerspruch des Gemeinderates das Wort: Ein privatrechtlicher Vertrag zwischen dem Eigentümer und dem Betreiber hinsichtlich des Rückbaus müsse gefasst werden.

Stadträtin Wesle: Wäre eine Bürgschaft möglich? Bei einer so langen Betriebsdauer sei eine Insolvenz des Betreibers nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Oberbürgermeister Pauly: In der heutigen Sitzung befinde man sich im Bebauungsplanrecht. Klar sei, dass der Rückbau im Eigentümerinteresse stehe. Öffentlich-rechtlich könne nur auf den Rückbau hingewiesen werden.

Stadtrat Hall: Ein öffentliches Interesse bestehe am Rückbau. Die Eigentümer könnten durch die Stadt rechtlich sanktioniert werden, die Betreiber nicht.

Stadtrat Wiedmann: Hinsichtlich der Windkraftanlage auf der Länge sei ein Rückbau vertraglich geregelt.

Bürgermeister Kaiser: Im Gegensatz zur Länge sei die Stadt bei den Flächen der Photovoltaikanlage nicht Eigentümer.

Stadtrat Blaurock: Nach seiner Einschätzung sei die Rückbaupflicht stets an die Einzahlung/Ansparungen eines Geldbetrages geknüpft.

Ortsvorsteher Hall: Er plädiere dafür, dass der Eigentümer hinsichtlich der Rückbaupflicht mit ins Boot genommen werden müsse.

Herr Kottmann: Die Photovoltaikanlage bleibe ein genehmigungspflichtiges Vorhaben. Die Rückbaupflicht solle in die Baugenehmigung aufgenommen werden.

Frau Schneider: Sie erläutere, dass Bebauungspläne grundsätzlich auch aufgehoben werden könnten.

Beschluss: Der Bebauungsplan „Photovoltaikanlage B 27“ wird den Abwägungsvorschlägen entsprechend der Abwägungstabelle nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

(mehrheitlich Ja, 3 nein, 3 Enthaltungen)

7) TOP 1-095/18 Haushalt 2019 - Beratung des Haushaltsplan Entwurfs 2019 - Stellungnahme der Fraktionen

Die Fraktionssprecher Stadtrat Konrad Hall, Stadtrat Dr. Bertolt Wagner, Stadtrat Gottfried Vetter, Stadträtin Claudia Weisshaar und Stadtrat Michael Blaurock tragen zum von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf ihre Anregungen und Anträge vor. Die Reden von Stadtrat Hall, Stadtrat Vetter, Stadträtin Weishaar und Stadtrat Blaurock sind Anlage zu diesem Protokoll.

Stadtrat Dr. Wagner: Bei einem Investitionsvolumen von rund 18 Mio. Euro pro Jahr sei ein „weiter so wie bisher“ sei nicht zielführend. Eine Alternative wäre die Einstellung von mehr Personal. Hier sehe er Schwierigkeiten. Eine andere Alternative würden Streichungen von Maßnahmen darstellen. Die FDP-Fraktion wolle den Haushalt nicht durch Sparen, Streichen oder Schieben aufstellen, sondern Leistungen in die KEG auslagern. So solle der Realschulneubau über die KEG finanziert und realisiert werden. Eine Auslagerung von Maßnahmen sei eine zielführende Variante. Eine weitere wichtige Aufgabe würde das Akquirieren von Fördergeldern darstellen. Hier sei das städtische Verhandlungsgeschick bei Fördergebern gefragt.

Oberbürgermeister Pauly: Er danke den Fraktionssprechern für die Beiträge.

8) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Förderprogramm zum Freibad

Stadtrat Blaurock: Er erkundige sich über den Sachstand des Zuschussantrages.

Bürgermeister Kaiser: Das Förderprojekt sei mehrduzentfach überzeichnet. Der Optimismus sei begrenzt.

Zur Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr am 23. Oktober 2018

Oberbürgermeister Pauly zur Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr vom 23. Oktober 2018: Die Zusammenarbeit im Gremium sei bisher sachlich und angenehm gewesen. Vorträge in der Sitzung des Arbeitskreises hätten jedoch den sachlichen Rahmen verlassen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Auftragnehmer als Cheerleader-Gruppe und den Oberbürgermeister als Oberbusmeister zu bezeichnen sowie geschredete Sitzungsunterlagen „als Konfetti“ in der Sitzung dabei zu haben, sei nicht zumutbar. Dies müsse künftig unterlassen werden. Er appelliere an eine sachliche Diskussion. Das Stadtbusprojekt sei eine Entscheidung einer großen Mehrheit des Gremiums. Der Stadtbus sei richtig und zukunftsweisend. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden für das Stadtbusprojekt keinen Gegenwind verdienen.

Stadtrat Dr. Wagner: Die FDP nehme den Bürgerauftrag mit akribischer Arbeit ernst. Am Respekt gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung habe sich nichts geändert. Die FDP habe ein Interesse am Fortschritt des Stadtbusses. Er habe in der Sitzung der Arbeitsgruppe nicht die Absicht gehabt, jemanden „hochzunehmen“. Das gute Auskommen sei ihm ein wichtiges Anliegen. Künftig werde er auf die Befindlichkeiten des Oberbürgermeisters mehr Rücksicht nehmen. Er danke Frau Stadträtin Weishaar für die offene Auseinandersetzung vor ein paar Tagen.

Stadträtin Weishaar: Sie hätte von Herrn Stadtrat Dr. Wagner ein Wort der Entschuldigung erwartet. Die Art und Weise sei es, mit der der Gemeinderat nicht arbeiten wolle. „Es tut mir leid“ zu sagen, wäre so einfach gewesen. Der Stadtbus solle ein Arbeitskreis bleiben, mit gegeben falls auch Beratung über nichtöffentliche Punkte.

Stadtrat Roland Erndle: Die vorgetragene Empörung sei eine bizarre Wahrnehmung. Die FDP brauche die erforderlichen Zahlen, und wenn Sie diese nicht bekommen würde, müsse die direkter werden. Aus seiner Sicht hätte die Entschuldigung anderweitig ausfallen sollen.

Stadtrat Hall: Er weise die allgemeine Kritik zurück. Es habe nur eine Beleidigung gegenüber dem Oberbürgermeister und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben. Herr Stadtrat Dr. Wagner hätte sich entschuldigen sollen. Der Gemeinderat habe doch ein gutes Miteinander.

Stadtrat Blaurock: Nach seinen temperamentvollen Vorträgen in den 1990er Jahren, sei er damals dankbar gewesen, dass man ihm seine Vorträge seinerseits wiedergespiegelt habe. Die Rücksicht auf die Empfindungen von einem anderen sei erforderlich, ebenso ein respektvoller Umgang. Die Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr sei keine Sternstunde des Gemeinderates gewesen.

Stadträtin Wiemer: Sie sei so sprachlos wie vor 14 Tagen. Die Arbeitsgruppe Stadtbusver-

kehr solle aus ihrer Sicht ein konstruktiver kleiner Kreis bleiben.

Kindergarten Hubertshofen

Stadtrat Hall: Künftig sollte gestalterisch darauf geachtet werden, was für eine Einfriedigung in den Ortsteilen erforderlich sei.

Ortsvorsteherin Winterhalter: Um den Zaun würden noch Pflanzungen und Verschönerungen angebracht.

Nachtrag zur Gemeinderatssitzung vom 23. Oktober 2018

Bürgermeister Kaiser: Am 23. Oktober 2018 seien zwei Vergaben im Tiefbau getätigt worden. Die Vergabesummen hätten den geplanten Rahmen deutlich überschritten. Im Starenweg würde der Kanal die Klasse 1 und im Bergweg/Hochstraße die Klassen 2 – 3 aufweisen. Die Sanierung sei in beiden Fällen dringend notwendig.

Brückentag der Stadtverwaltung am 2. November 2018

Stadträtin Weishaar: Der Brückentag sei unglücklich gewählt worden. An vier aufeinanderfolgenden Tagen sei das Rathaus geschlossen gewesen. Sie wünsche sich künftig eine Abfederung der Brückentage dargestellt, dass die Hälfte der Mitarbeiter abwesend sei.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadtverwaltung habe selten ein Brückentag. Der Brückentag am 2. November 2018 sei auf Wunsch des Personalrates durchgeführt worden. Brückentage müssten künftig längerfristig geplant werden. Einen Brückentag sehe er 2019 für nicht erforderlich an.

Pflanzen am Brigachufer bei der Schützenbrücke

Stadträtin Riedmaier: Die Brennnesseln im Uferbereich seien im Sommer störend gewesen. Sie bitte um die Verbesserung der Bepflanzung.

Defibrillatoren in den Ortsteilen.

Ortsvorsteherin Winterhalter: Entgegen anderer Ortsteile sei erst 2019 ein Defibrillator für Hubertshofen und dort für das Freibad vorgesehen. In anderen Ortsteilen seien schon teilweise mehrere Defibrillatoren vorhanden.

Ortsvorsteher Müller: Die Stadtverwaltung habe lediglich einen Defibrillator für Wolterdingen beschafft. Die anderen beiden seien privat organisiert. Er finde es nicht gut, wenn die eine Ortschaft auf die andere zeigen würde.

Zugänge zu Bushaltestellen im Winter

Stadträtin Schmitt: Kleine Zugangswege zu Stadtbus-Bushaltestellen seien teilweise vom Winterdienst ausgenommen. Sie bitte, dass diese Wege im kommenden Winter und auch künftig geräumt werden würden.